

Bericht öffentliche Gemeinderatssitzung am 18.02.2020

Vor der eigentlichen Gemeinderatssitzung war der Gemeinderat bei der Firma Kauth zu einer Betriebsbesichtigung und zu einem Gespräch. Die Kauth-Group ist bestens aufgestellt. Gerade am Standort Denkingen werden für 2020 gleiche Umsätze wie in den beide Vorjahren erwartet.

TOP 1: Bürgerfragemöglichkeit

Hier wurde nach der gastronomischen Entwicklung des Gasthauses Sternen nachgefragt. Der Gemeindeverwaltung ist derzeit kein neuer Pächter bekannt. Weiter wurde vorgeschlagen, dass sich einmal der Integrationsmanager im Gemeinderat vorstellt und aktuelle Zahlen zu seinem Arbeitsbereich präsentiert.

TOP 2: Vergabe Sanierung Hintere Gasse 1

Die Gewerke wurden öffentlich ausgeschrieben. Hierbei gab es keine Abgabe bei den Gewerken Blechner, Gerüst und Bodenbeläge. Das Gewerk Gipser lag 86% über der Kostenberechnung, Schlosserarbeiten 32% über der Kostenberechnung, Dachdeckerarbeiten über 35% der Kostenberechnung, Fliesenarbeiten 20% über der Kostenberechnung sowie Natursteinarbeiten 14,5% über der Kostenberechnung.

Der Gemeinderat hat daher beschlossen in diesen Bereichen die Ausschreibung aufzuheben und eine beschränkte Ausschreibung bzw. freihändige Vergabe durchzuführen. Auch die Erd-, Beton- und Maurerarbeiten lagen über der Kostenberechnung. Hier hat jedoch der Gemeinderat beschlossen die Ausschreibung aufrecht zu erhalten, da derzeit bei diesem Gewerk so gut wie keine Angebote eingehen bzw. das Preisniveau weit über dem normalen Niveau liegt. Weiter hat der Gemeinderat dann die nachfolgenden Gewerke wie folgt vergeben:

Erd-, Beton-, Maurerarbeiten	
Iglu-Massivbau, Aldingen	285.486,57 €
Schreinerarbeiten	
Emminger, Deißlingen	34.210,48 €
Sonnenschutz	
KPF, Schramberg	32.542,93 €
Glaserarbeiten	
KPF, Schramberg	30.091,53 €
Estricharbeiten	
Okatar, Merzig	18.145,87 €
Außenanlage	
Schöppler, Meßkirch	39.468,73 €
Malerarbeiten	
Rombach-Merkel	27.856,23 €

TOP 3: Vergabe Anbau Grundschule – Ganztageschule

Die Arbeiten wurden öffentlich ausgeschrieben. Kein Angebot ging ein bei den Blechnerarbeiten, Gerüstarbeiten sowie dem Hauptgewerk Maurer- und Betonarbeiten. Angebote sind eingegangen bei Tiefbauarbeiten, Abdichtung/Foliendach sowie Profilstahl/Fluchttreppe.

Da beim Hauptgewerk kein Angebot eingegangen ist, kann die Maßnahme auch nicht durchgeführt werden. Eine neuerliche Ausschreibung der Maurer- und Betonarbeiten macht keinen Sinn, da kein Angebot zu erwarten ist bzw. nur eines weit über der Kostenberechnung. Der Gemeinderat hat daher beschlossen die Ausschreibung im gesamten aufzuheben und im Herbst/Winter 2020 für das Frühjahr 2021 neu auszuschreiben. Mit den günstigsten Anbietern der anderen ausgeschriebenen Gewerke sollen Gespräche dahingegen geführt werden, dass diese ihr Angebot auch für 2021 aufrechterhalten. Wenn nicht, müssen diese Ausschreibungen ebenfalls aufgehoben werden.

Am Start der Ganztagesesschule ändert sich nichts. Sehr wohl aber wird die provisorische Lösung nun länger dauern wie ursprünglich geplant.

TOP 4: Videoüberwachung Mehrzweckhalle

Der Gemeinderat hat bereits im Oktober 2019 einer Videoüberwachung des hinteren Ausgangs in der Mehrzweckhalle zugestimmt. Bedingung war, dass sich die Sonnendach GbR zu 50% an dieser Videoüberwachung beteiligt. Diese hat nun angeregt anstelle einer Kamera zwei zu installieren. Dem hat der Gemeinderat zugestimmt. Der Gemeindeanteil wurde dabei auf 1.200 € gedeckelt.

Top 5: Digitalisierung Kanal – geoService

Im Geoportal Baden-Württemberg werden künftig Bebauungspläne und Leitungen der Kommunen veröffentlicht. Bei Bauarbeiten können somit die Verantwortlichen direkte Auskünfte z.B. zur Lage eines Kanals einsehen. Einstimmig beschloss der Gemeinderat geoService mit der Einpflege der Kanalpläne in das Geoportal Baden-Württemberg zu beauftragen. Das entsprechende Angebot liegt bei ca. 9.000 €.

TOP 6: Digitaler L@ndkreis Tuttlingen - Modellgemeinde Denkingen - Bericht Workshop

Der Gemeinderat nahm vom Ergebnis des Workshops Kenntnis und bekannte sich einstimmig ausdrücklich zum Ausbau des 5G Mobilfunks. Der Gemeinderat bekennt sich weiter zu einer aktiven Bürgerbeteiligung und wird sich zu gegebener Zeit Gedanken über ein geeignetes Beteiligungsmodell machen. Zum Projekt selbst:

Vorbemerkungen:

Der Landkreis Tuttlingen hat im Rahmen des Förderwettbewerbs „Digitale Zukunftskommune@bw“ des Landes Baden-Württemberg den Zuschlag erhalten. Ziel des Projekts ist es, die Mobilfunkinfrastruktur zu stärken, um die Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität des Landkreises zu sichern und zu erhöhen, indem man den Kommunen einen Wettbewerbsvorsprung im eigenwirtschaftlichen 5G-Ausbau der Mobilfunkbetreiber verschafft und dabei die Belange der Bürger sowie der Unternehmen berücksichtigt. Hierbei wurden im Landkreis 4 Modellgemeinden ausgesucht; unter anderem Denkingen.

Der Bürgermeister hat seine Teilnahme an diesem Projekt (auch wegen der Erfahrungen in Sachen Mobilfunk) von der geschlossenen Rückendeckung des Gemeinderats abhängig gemacht. Dieser hat in nichtöffentlicher Sitzung am 17.09.2019 einstimmig diese Rückendeckung gegenüber der Teilnahme an diesem Projekt bekundet, auch weil man die Notwendigkeit eines Ausbaus der Mobilinfrastruktur für den Erhalt und Ausbau der örtlichen Wirtschaft sieht.

Insgesamt sieht das Projekt verschiedene Arbeitsschritte wie folgt vor:

Arbeitspaket 1: Vorbereitung

In der Vorbereitung ist es erforderlich, die zu Projektbeginn tatsächlich geltenden Versorgungsaufgaben der Bundesnetzagentur für die Mobilfunkanbieter zu erfassen, um sie bei den konkreten Projektmaßnahmen berücksichtigen zu können. Da die Versorgungsaufgaben auf Landesebene zu erfüllen sind, besteht seitens der zukünftigen Mobilfunkanbieter ein großer Freiraum bei der Festlegung der entsprechenden Ausbauplanungen. Das Ziel des Vorhabens ist es, diesen Freiraum für den Landkreis Tuttlingen bestmöglich zur Stärkung des regionalen Netzausbaus zu nutzen. Mit den Mobilfunkanbietern sollen darauf aufbauend mögliche Standorte aus Phase 1 abgestimmt werden.

Arbeitspaket 2: Kreisweiter Masterplan für eine flächendeckende Versorgung

Zur Umsetzung einer kreisweit flächendeckenden 4G/5G-Versorgung werden die Funkstandorte identifiziert, die für eine Verbesserung der Versorgung im Landkreis relevant sind. Bereiche der Unterversorgung müssen über neue Funkstandorte erschlossen werden. Die entsprechende Standortsuche erfolgt in Absprache mit den Mobilfunkanbietern. Die identifizierten Funkstandorte werden aus Sicht des Landkreises und der Kommunen hinsichtlich der Dringlichkeit eines Ausbaus

priorisiert und ein Zeitplan erstellt. Der Ausbau möglicher neuer Standorte kann darauf aufbauend weiter vorbereitet und bei raumplanerischen Maßnahmen berücksichtigt werden. Dies beinhaltet auch die Abstimmung einer möglichen Anbindung von bestehenden und neuen Antennenstandorten an den bereits umgesetzten oder geplanten kreisweiten Backbone.

Arbeitspaket 3: Umsetzungsplanung der innerörtlichen 5G-Versorgung am Beispiel der Musterkommunen

Der innerörtliche Netzausbau benötigt drei wesentliche Komponenten: einen Standort, Stromversorgung und einen Glasfaseranschluss. Die Maßnahmen sind darauf ausgerichtet, diese drei Komponenten für den Netzausbau vorzubereiten und/oder bereitzustellen. Im Gegensatz zur kreisweiten Versorgung, bei der sich gezeigt hat, dass bereits zahlreiche Funkstandorte vorhanden sind, muss im innerörtlichen Bereich in der Regel von der Errichtung neuer Funkstandorte ausgegangen werden. Für die Standortsuche werden in Abstimmung mit den Gemeinden und Mobilfunkanbietern Standorte ermittelt.

Weiterer Bestandteil dieses Arbeitspakets soll die Erstellung von standardisierten Verfahren sein, die sich auf die anderen Kommunen übertragen lassen. Dazu zählen Blaupausen zu Verfahren der Standortfindung und den Genehmigungsverfahren.

Arbeitspaket 4: Bürgerbeteiligung

Der Mobilfunkausbau stößt gerade bei der Bevölkerung oftmals auf Skepsis hinsichtlich der gesundheitlichen Auswirkungen. Bereits aus Phase 1 wurde ersichtlich, dass von einer flächendeckenden, engmaschigen Antennendichte im Ortsinneren zukünftig nicht ausgegangen werden muss. In Phase 2 wird dies weiter konkretisiert und mögliche Standorte definiert. In den vier Musterkommunen ist geplant, im Rahmen der Standortfindung der Mobilfunkmasten exemplarisch Methoden der Bürgerbeteiligung zu erproben und anzuwenden. Es besteht im Ergebnis somit die Möglichkeit, gegenüber der Bevölkerung ein hohes Maß an Transparenz zu schaffen und die Akzeptanz möglicher Ausbaumaßnahmen zu erhöhen. Aus der Evaluierung und den Erkenntnissen der Bürgerbeteiligung in den vier Musterkommunen sollen ein Konzept für die anderen Kommunen entwickelt werden.

Arbeitspaket 5: Dokumentation

Soweit technisch möglich, werden sämtliche erhobenen Daten in GIS-Systemen erfasst und hinterlegt. Dies beinhaltet die kreisweite und innerörtliche Planung. Weiterhin dienen die Steckbriefe aus Phase 1 für die vier Musterkommune als Grundlage, um mit den Inhalten der Phase 2 fortgeschrieben zu werden. Die erstellten standardisierten Verfahren und Blaupausen, die sich auf die anderen Kommunen übertragen lassen, sollen in einem Maßnahmenkatalog zusammengefasst werden.

Zusammenfassung Ergebnis Workshop:

Der Workshop befasste sich mit den technischen und rechtlichen Voraussetzungen eines G5-Ausbaus sowie mit der Standortfindung und der Bürgerbeteiligung.

Technik

Die bisherigen Mobilfunkstandorte reichen für eine G5-Versorgung nicht aus – es werden Masten im Ort benötigt. Das Datenvolumen wird weiter steigen (z.B. autonomes Fahren, fortschreitende Digitalisierung im geschäftlichen und privaten Bereich, Homeoffice, Life Balance...). Masten werden sinnvoll dort aufgestellt wo ein entsprechender Bedarf herrscht (Gewerbe, große Menschenansammlungen, Bushaltestellen usw.). Voraussetzung für einen G5-Mast ist ein Glasfaser- sowie ein Stromanschluss. Je weiter ein Mast vom Benutzer entfernt, desto größer die Strahlung. Die Strahlenbelastung für den Menschen resultiert aus ca. 10% Mast und 90% Handybenutzung. Durch einen G5-Ausbau kann die Strahlenbelastung gegenüber bisher sogar reduziert werden; wird allerdings durch das erhöhte Datenvolumen wieder neutralisiert.

Recht

Rechtlich lässt sich ein Mast nicht verhindern. Es soll daher auch Zweck des Projekts sein im Vorfeld aktive Standortsuche zu betreiben um den Mobilfunkanbietern die aus Sicht der Gemeinde sinnvollen Standorte anbieten zu können. Dabei sollen Kriterien für einen Standort entwickelt werden, so dass Standorte zumindest von einem Großteil der Bevölkerung akzeptiert werden.

Beteiligung

Gemeindeverwaltung und Gemeinderat müssen eng miteinander zusammenarbeiten. Es muss ein möglichst umfangreicher Informationsprozess erfolgen. Bei Bürgerbeteiligungsprozesse wird ein Mediator empfohlen um den Bürgermeister bzw. die Verwaltung „aus der Schusslinie“ zu halten. Im Workshop wurden nunmehr zum einen die Themen für und gegen einen G5Ausbau erarbeitet wie auch Stakeholder-Analyse mögliche Akteure für einen Beteiligungsprozess festgehalten.

Weitere Vorgehensweise

Die Hochschule Furtwangen wird nunmehr in Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung nach technischen Gegebenheiten mögliche Standorte aussuchen. Dabei werden auch Schutzzonen im Bereich der Schule und Kindertagesstätten berücksichtigt.

Diese Standorte sollen dann in einem Beteiligungsprozess zusammen mit den beiden Hochschulen, dem Landratsamt und der Gemeinde diskutiert werden.

Die Gemeinde wird sich überlegen wie hier der Beteiligungsprozess weitergehen kann. Hierbei wird die Einrichtung eines runden Tisches unter Leitung eines neutralen Mediators empfohlen.

Top 7: Baugesuche

Einstimmig erteilte der Gemeinderat nachfolgenden Baugesuchen sein Einvernehmen:

Bau einer Garage im Erdgeschoss sowie Abstellraum im Untergeschoss in der Klippenstraße.

Weitere zwei Mehrfamilienhäuser auf dem Grundstück des ehemaligen Bauhofgeländes von bauwerk e² mit jeweils 9 Wohnungen und Tiefgarage.

5 Reihenhäusern mit Garagen, Technikzentrale und Stellplätzen in der Neulandstr. 5/1 – 5/5

Mehrheitlich erteilte der Gemeinderat eine Befreiung vom Bebauungsplan für ein Grundstück in der Bahnhofstraße.

Einstimmig verweigerte der Gemeinderat sein Einvernehmen für den Bau einer Garage mit privater Werkstatt in der Eugen-Bolz-Straße.

Top 8: Anfragen und Bekanntgaben

Der Vorsitzende gab bekannt, dass nunmehr die Brandmeldeanlage in der Grundschule mit 85.750 € vergeben werden kann. Ebenso die Digitalisierung mit 15.500 €, wobei hier auch die Anschaffung von 8 Beamern und FI Schutz beinhaltet sind.

Weiter stimmte der Gemeinderat einem Austausch der Beleuchtung im Probelokal in der Mehrzweckhalle auf LED-Technik sowie der Auswechslung von Leuchtkörpern in der Dusche in der Mehrzweckhalle zu. Gesamtkosten ca. 4.000.--€.

In nichtöffentlicher Sitzung wurden nachfolgende Stellen in der Grundschule besetzt:

Schulsekretariat (Nachfolgerin Marta Buck) Frau Sandra Frank, Denkingen

Betreuungserzieherin Ganztageschule Frau Andrea Scheffold-Thiel, Spaichingen

Weiter befasste sich der Gemeinderat mit einer möglichen Umleitungsregelung bei den Bauarbeiten Hauptstraße. Hier geht es um Vorüberlegungen die zuerst noch technisch und organisatorisch überprüft werden müssen.